Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 3 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, 1. Fernsprecher: 17 200. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr, Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 558 Dresden, Emil Schiegel ★ Anzeigenpreise: 20 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 30 Goldpfennige für die Reklamezeile einschließlich an den dreigespaltenen Textteilen ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Montag, 6. Juli 1925 | Nummer 70

Die Krise im Hindenburg-Kabinett

Der Reichstag hat nichts zu sagen

Die Luther-Regierung steht auf sehr schwankendem Boden. Die Deutschnationalen möchten ihre Zölle durchpeitschen, aber nicht an der Erfüllung der Entwaffnung, an der Unterwerfung unbedingt gesprochen werden. Vor ein paar Tagen machten die Volksparteiler einen Gegenstoß gegen die gegen Stresemann gerichteten Deutschnationalen. Sie verlangten ein Vertrauensvotum für Stresemann. 24 Stunden später wurde ihnen bange und sie zogen zurück. Die Luther-Regierung beabsichtigt, am 1. d. M. eventuell eine Zwischennote nach Frankreich zu senden.

Am Sonnabend fand im Reichstag eine Debatte über die jüngste außenpolitische Lage statt. Dabei erklärte der Präsident Löbe, daß der Kanzler erklärt habe, es sei jetzt eine Aussprache nicht erwünscht.

Der Staatssekretär Kempner gibt eine Erklärung ab, daß die Aussprache über die Außenpolitik dann erwartet werde, wenn die Antwortnote überreicht sei.

Arbeitsminister Brauns erklärte dann noch, der Kanzler und Stresemann seien gar nicht in Berlin.

Die „Rote Fahne" schreibt zu den Vorgängen im Reichstag folgendes:

Die Vorgänge, die sich in der Sonnabendsitzung des Reichstages abgespielt haben, sind selbst in der Geschichte dieses parlamentarischen Froschteiches beispiellos. Ein Staatssekretär der Regierung steht auf und erklärt kurz und bündig, daß der Reichstag mit den außenpolitischen Fragen zu warten habe, bis das Auswärtige Amt die Politik „fertiggestellt" hat. Mit Recht erklärt der Vertreter der Kommunistischen Partei, daß sich kein Parlament in Europa eine derartige Behandlung gefallen lassen würde. Das Hindenburg-Kabinett ist im vollen Umfange zu den Methoden der Geheimdiplomatie zurückgekehrt. Damit ist wieder einmal bewiesen, daß das parlamentarische System nur eine Kulisse für die Diktatur der Schwerindustrie ist. Die Außenpolitik wird in den Konzernen der Konzerne und Trusts und in den Geheimkabinetten der monarchistischen Staatsbureaukratie gemacht.

Innerhalb der monarchistischen Regierungskoalition ringen zwei Tendenzen um die Vorherrschaft. Die Schwerindustrie unter der Führung von Stresemann wünscht so schnell wie möglich mit dem Ententekapital zur Verständigung zu gelangen. Sie pfeift auf alle Konzessionen an das vaterländische Gemüt deutschnationaler Kleinbürger. Das Großkapital will endlich seinen Anteil haben an dem imperialistischen Profit. Die deutschnationalen Junker wünschen aus der gegenwärtigen Situation für ihr spezielles Junkerinteresse Gewinne herauszuschlagen. Unter allen Umständen soll die Brotwucherung in der Form der Zölle durchgepeitscht werden, ehe die sogenannten vaterländischen Fragen erledigt werden.

Die Ausschaltung des Reichstages in den außenpolitischen Fragen ist kein Zufall. Uebrigens steht dem „Vorwärts" der Protest gegen das Vorgehen der Luther-Regierung sehr schlecht an. Unter dem Regime des Volksblocks waren es doch gerade immer die sozialdemokratischen Führer, die die Notwendigkeit verkündeten, die „diplomatischen Verhandlungen" durch vorzeitige Erörterungen im Reichstag nicht zu stören. Der Protest Fleischheids in der Sonnabendsitzung des Reichstags löste denn auch nur allgemeine Heiterkeit aus.

Deutsche Volkspartei und Deutschnationale versuchten zunächst noch über die brennendsten Regierungsfragen zu einem Kompromiß zu gelangen. Die Dinge haben sich aber bereits so weit zugespitzt, daß es sehr fraglich erscheint, ob ohne eine tiefe Erschütterung der Regierungskoalition die Gegensätze noch einmal überbrückt werden können. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei konkurrieren gegenseitig in offiziellen Erklärungen und Dementis in der Presse. Auf die Behauptungen des Reichsministers Schiele, daß er über den Wortlaut des Memorandums nicht unterrichtet gewesen sei, antwortete die Deutsche Volkspartei im Auftrage Stresemanns, daß der Inhalt des Memorandums in seinen wichtigsten Punkten in verschiedener Form veröffentlicht wurde. Es wird erklärt, daß gegenüber den Behauptungen des Ministers Schiele, er habe keine Kenntnis vom Memorandum gehabt, darauf hingewiesen werden müsse,

„daß in der durch WTB. gebrachten Veröffentlichung der Reden des Außenministers über den deutschen Sicherheitsvorschlag ausdrücklich betont wurde, daß Deutschland bereit sei, mit allen Ländern Schiedsverträge auf der Grundlage der bisher von ihm geschlossenen Verträge zu schließen, sodaß schon daraus anzunehmen ist, daß diese Frage auch in seinen übrigen Darlegungen, über die Stenogramme nicht bestehen, ebenso behandelt worden ist. Wenn der Außenminister überhaupt die gegenüber dem großen Gedanken des gegenseitigen Sicherheitsabkommens minder wichtige Frage einer gegenseitigen Garantierung der Entmilitarisierung in diesen Reden nicht erwähnt haben sollte, so ist Herrn Minister Schiele sicherlich bekannt, daß auch diese Frage in einer Besprechung zwischen zehn Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, dem Außenminister und dem Reichskanzler erörtert worden ist, so daß die führenden Mitglieder seiner eigenen Fraktion jedenfalls auch hierüber unterrichtet waren."

Gegenüber diesen Behauptungen der Stresemann-Partei stehen die unzähligen Proteste der deutschnationalen Organisationen gegen die Regierungspolitik. **Die sächsischen Deutschnationalen haben an die deutschnationalen Minister die Forderung gestellt, ihren Einfluß in entschiedenster Weise gegen die vom Auswärtigen Amt getriebene und „im Sicherheitspakt geradezu katastrophal zum Ausdruck gebrachte Politik der Preisgabe deutscher Ehre und deutscher Belange" geltend zu machen. In einer Resolution wird scharf gegen Stresemann Stellung genommen.**

Die deutschnationalen Minister werden aufgefordert, den Abschluß des Sicherheitspaktes zu verhüten.

*

Die völlige Hilflosigkeit im Luther-Kabinett zeigt, daß keine bürgerliche Regierung imstande ist, die außenpolitischen Fragen ohne die schwersten innerpolitischen Differenzen zu lösen. Wenn es noch einmal zur Vermeidung einer ernsten Krise kommt, dann nur, weil die Arbeiterklasse durch die verbrecherische Politik der Sozialdemokratie gespalten ist. Wäre die Arbeiterschaft einig und geschlossen, dann könnten sich Schwerindustrielle und Junker mit ihrer Raubpolitik gegenüber dem Proletariat nicht einen Tag halten. Wie von einem Sturmwind würden sie weggefegt, alle diejenigen, die die arbeitende Bevölkerung Deutschlands in den imperialistischen Krieg hineingejagt haben.

Der Feind ist in Verwirrung. Jetzt gilt es, **die geschlossene Front der Arbeiter aus den Betrieben und die Einheitsfront der Arbeiter in den Gewerkschaften herzustellen.** Die Massenproteste, die gegen die wucherische Zollpolitik der Reichsregierung eingesetzt haben, die **Amnestiekundgebungen,** die im ganzen Lande veranstaltet werden und die **Wirtschaftskämpfe,** die auf der ganzen Linie entbrannt sind, müssen gefördert und unter eine **einheitliche revolutionäre Führung** gebracht werden. Kein Arbeiter darf sich länger von der Scheinopposition der Sozialdemokratie gegen die Hungerzölle verwirren lassen. Jeder Arbeiter wird jetzt begreifen, daß nur der rücksichtsloseste Klassenkampf die Lage der Arbeiterschaft bessern und den endgültigen Sturz des monarchistischen Systems herbeiführen kann.

SPD.-Kompromiß in der Zollfrage

Berlin. Ueber die Ablehnung der von den Kommunisten geforderten sofortigen außenpolitischen Aussprache im Reichstag schreibt der „Vorwärts": „Hätte das Zentrum mit Wirth gestimmt, so wäre die Luther-Regierung heute so gut wie erledigt. Fehrenbach erklärte sich mit den sachlichen Argumenten Wirths einverstanden — rettete aber die Regierung.... Fraglich ist dabei geworden, ob die Regierung selbst dieses Leben noch verdient. Wo ist denn ihre Mehrheit?"

Der „Vorwärts" sagt dann, die deutschnational-volksparteilich-zentrümliche Regierungskoalition sei nur durch die Furcht vor einer Regierungskrise zusammengehalten, und fährt fort: „Die Mindestzölle könnten nur dann angenommen werden, wenn sich eine größere Anzahl von Abgeordneten dazu bewegen ließe, gegen die eigene bessere Ueberzeugung aus taktischen Erwägungen für sie zu stimmen. Wir hätten dann einen Zustand, bei dem nicht mehr die Mehrheit entscheidet, sondern die Mehrheit sich aus Furcht vor unübersehbaren Entwicklungen der Diktatur einer Minderheit fügt."

Dazu erklärt der „Vorwärts" dann noch, daß die SPD. keine Regierungskrise wünsche.

Diese Sätze des sozialdemokratischen Zentralorgans verhüllen die Kompromißtaktik dieser Partei kaum noch. Das Blatt spricht ja in seinem ängstlichen Liebeswerben um das regierungsparteiliche Zentrum überhaupt nur von den Mindestzöllen, keineswegs von den Zöllen überhaupt. Damit ist gesagt, daß die SPD. genau die Taktik der Regierung Braun innehält, die vor ihrer Billigung der gesamten Regierungsvorlage gleichfalls sich gegen die Mindestzölle, d. h. gegen die starr festgelegten Höchstsätze erklärt hatte. Bekanntlich hat die SPD. und der ADGB. (übrigens im Gegensatz zu dem Beschluß der Amsterdamer Internationale sich prinzipiell nur gegen die Form der Zollvorlage, nicht aber gegen die Agrarzölle überhaupt, noch weniger gegen die Eisenzölle gewandt. Dem entspricht die rein parlamentarische und offen auf ein Kompromiß abzielende Taktik der SPD.

Daß das Zentrum, also eine Reichsbannerpartei, in den außenpolitischen Fragen die Luther-Regierung gerettet hat, konstatiert der „Vorwärts" selbst. Daß innerpolitisch die Luther-Regierung von der SPD. gerettet worden ist, ist noch gar nicht lange her. Daraus mögen die Arbeiter ermessen, was sie innen- und außenpolitisch (Zölle und Sicherheitspakt) von der parlamentarischen Taktik der SPD. zu erwarten haben.

Explosionsunglück in Rußland

TU. meldet aus Wilna, den 6. Juli: **In Polazk** (Sowjetrußland) explodierte eine der größten sowjetrussischen Munitionsfabriken. Es waren dort 300 000 Kilogramm Dynamit untergebracht. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

Die Epoche der Kriege und Revolutionen

Von G. Sinowjew.

„Proletarier aller Länder und unterdrückten Völker der Welt, vereinigt euch!"

Die Formel „Epoche der Kriege und Revolutionen" entstand zu Beginn dieses Jahrhunderts. Damals war sich das ganze marxistische Lager darüber einig, daß gerade diese Formel erschöpfend die herannahenden Weltereignisse zusammenfaßt. Kautsky, damals noch Marxist, war einer der Urheber dieser Formel.

Zu Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 wurde völlig klar, daß man der Genauigkeit halber nicht einfach „Epoche der Kriege und Revolutionen" sagen kann, sondern „Epoche der imperialistischen Kriege und der sozialistischen Revolution". Seit diesem Augenblick hat sich das gesamte opportunistische Lager, d. h. fast die ganze 2. Internationale rasend nach rechts geworfen, alle Brücken hinter sich verbrennend.

Die Epoche der imperialistischen Kriege schließt nationale Befreiungskriege, wie Lenin das bewiesen hat, nicht nur nicht aus, sondern setzt sie voraus. (Unterdrückte Völker, die gegen den Imperialismus für ihre Unabhängigkeit kämpfen.) Und die Epoche der sozialistischen Revolution schließt nicht, sondern setzt **breite revolutionär-demokratische Bewegungen** (z. B. der Bauernschaft) **voraus;** die unter günstigen Bedingungen allmählich aus bürgerlich-demokratischen Bewegungen sich in sozialistische auswachsen. **Das alles zusammengenommen ist die Epoche der proletarischen Weltrevolution.**

Innerhalb dieser Epoche sind Ebbe und Flut unvermeidlich. Einige Jahre nach dem ersten großen Sieg der proletarischen Weltrevolution in Rußland (im Jahre 1917) hindurch dauerte die Flut an. Ungefähr seit 1921 begann die Ebbe. Als ein paar Jahre ohne direkte Kriege und ohne direkte Revolutionen vorübergingen, setzte sich bei den Opportunisten der ganzen Welt ihre „Ueberzeugung" endgültig fest, daß es mit der Epoche der Kriege und Revolutionen aus sei und an ihre Stelle die Aera des „Pazifismus" und der „Demokratie" getreten sei. Als die unmittelbar revolutionäre Situation zeitweilig durch eine einfache revolutionäre Situation abgelöst wurde, „verstand" es die 2. Internationale so, daß die Revolution ein für allemal von der welthistorischen Schaubühne verschwunden ist . . .

Wird ein neuer Aufstieg der Weltrevolution unbedingt mit einem neuen Kriege verbunden sein? Darauf kann man so antworten: **Der Sieg der proletarischen Revolution in den entscheidenden Ländern ist auch ohne neuen Krieg möglich, aber ein neuer Krieg ist unmöglich, ohne die Revolution hervorzurufen.**

Die besten Theoretiker der 2. Internationale (siehe z. B. das jüngste Buch Otto Bauers) tun so, als ob sie auf die sozialistische Revolution nicht verzichten — sie behaupten „nur", daß der Sozialismus auf der Grundlage der durch den imperialistischen Weltkrieg untergrabenen Produktivkräfte unmöglich sei. Deswegen sind sie gegen die Revolution. Man müsse dem Kapitalismus die Möglichkeit geben, sich wieder zu erholen, die durch den Krieg zerstörten Produktivkräfte zu entwickeln, sich stabilisieren, und erst dann wird es möglich sein, nicht an eine „Sozialisierung der Armut, sondern an den „wirklichen" Sozialismus zu denken. Diese ehrenwerten Kritiker bemerken eine Kleinigkeit nicht: Sobald der Kapitalismus beginnt, sich nur ein wenig zu stabilisieren, beginnt er unweigerlich an neue Kriege zu denken. Jeder Schritt der „Stabilisierung" des Kapitalismus ist zugleich ein Schritt zum neuen Krieg. Wenn das noch eines Beweises bedurft hätte, so sprechen die letzten Ereignisse (Marokko, China) wohl ziemlich laut dafür. Die Herren Theoretiker der 2. Internationale bemerken nicht den verzauberten Kreis, in den sie geraten: Rühre den Kapitalismus nicht an in dem Augenblick, wo seine Produktivkräfte durch den ersten imperialistischen Weltkrieg untergraben sind; laßt den Kapitalismus wieder Kräfte sammeln und sich auf die Beine stellen; und wenn er diese Kräfte gesammelt hat —, richtiger, wenn er diese Kräfte zu sammeln beginnt — wird er wieder erst einen kleinen und dann einen großen Krieg anzetteln, wird wieder seine Produktivkräfte untergraben, wieder die angehäuften materiellen Reichtümer vernichten, und wir „Sozialisten" werden wieder das Märchen „von vorne anfangen".

Die letzte Tagung der Erweiterten Exekutive widmete bekanntlich viel Aufmerksamkeit der Frage der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus. Die Beschlüsse der Exekutive sind durch die neuen Ereignisse glänzend bestätigt worden. Wenn in unserer Mitte die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus hier und da, in der einen oder anderen Sektion, was überschätzt wurde, so konnte es der Sache objektiv keinen Schaden zufügen. Der Hinweis auf die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus im Munde der Komintern hatte den Sinn, daß wir den Kommunistischen Parteien sagten: seid auch auf ein schlechteres Ende gefaßt, schmiedet die bolschewistische Partei auch für den Fall, daß die Ebbe der Revolution noch eine Reihe von Jahren andauern sollte. Hinter dem Worte „Stabilisierung" folgte die Losung „Bolschewisierung". Und wenn die Stabilisierung sich immer mehr als relativ erweist, dann werden wir umso energischer an der Bolschewisierung arbeiten.

Und die objektive Lage bildet sich gerade so heraus, daß man sie bald in der Formel wird zusammenfassen können: Für einen Groschen Stabilisierung — für einen Rubel Bolschewisierung.